

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 18. März 2013

Verfasserin: Judith Bellaiche

An der heutigen Ratssitzungen wurden ausschliesslich parlamentarische Initiativen behandelt.

Ressourcen für die Kindergartenstufe analog Grundstufe

Dieser Vorstoss hätte mehr Ressourcen für die Kindergartenstufe bereitstellen wollen, was aber gerade nach dem negativen Volksentscheid zur Grundstufe umstritten ist. Zwar anerkennen die Grünliberalen die Stossrichtung der PI, da pädagogische Erkenntnisse ergeben haben, dass die ersten Jahre im Schulsystem von grösster Bedeutung für die spätere Entwicklung sind. Wir unterstützen sie aber grossmehrheitlich nicht. Die PI kam mit nur 41 Stimmen nicht zustande.

Kein Qualitätsabbau in der Volksschule

Die Initiative hält an der halbjährigen Ausstellung eines Schulzeugnisses fest, die von der Bildungsdirektion zuvor auf einmal jährlich heruntersgesetzt worden war. Entgegen anderer Fraktionen, die darin keinen Qualitätsabbau erkennen, unterstützten die Grünliberalen die PI und verhalfen ihr zum vorläufigen Durchbruch.

Streichung der Gemeindebeiträge an die Jugendhilfestellen

Mit der neuen Gesetzgebung zur Jugendhilfe sollten Aufgaben und Leistungen im Bereich Kinder- und Erwachsenenschutz klar geregelt werden. Dass Gemeinden dennoch Beiträge an solche Aufgaben leisten sollen, stellt nach Ansicht der Initianten eine Unregelmässigkeit dar, die ausgeräumt werden soll. Im Sinne einer Entflechtung der Aufgaben und anzustrebenden Kostentransparenz unterstützten die Grünliberalen die Initiative vorläufig.

Aufhebung Steuerbefreiung aus öffentlichen Mitteln

Von Seiten der SVP wird gefordert, dass Leistungen aus öffentlichen Mitteln, insbesondere Sozialhilfeleistungen, künftig nicht mehr steuerbefreit sein sollen. Auch wenn die Steuerbefreiung von Sozialhilfeempfänger als ungerechtfertigt erscheinen mag, wäre die Einführung der Besteuerung nicht zielführend, da sie gerade bei Menschen in prekären Situationen zu noch weniger verfügbarem Einkommen führen würde. Die vorläufige Unterstützung wurde gerade um eine Stimme nicht erreicht.

Staatsvertrag mit Deutschland betreffend An- und Abflugverfahren

Der Regierungsrat soll das Kantonsreferendum gegen den Staatsvertrag mit Deutschland unterstützen, weil dieser nach Ansicht der Initianten grobe Mängel enthält und insgesamt unausgewogen zu Gunsten von Deutschland sein soll. Auch wir Grünliberalen haben Vorbehalte gegenüber dem vorliegenden Staatsvertrag, aber wie üblich bei Verhandlungen stellt er einen Kompromiss dar. Wesentlich ist, dass er eine gangbare Lösung in Bezug auf das Flugregime anbietet, ohne dass er – wie behauptet – dramatische Folgen für den Flughafen Zürich mit sich zieht. Nach einer etwas giftigen Debatte zwischen links und rechts lehnten wir den Vorstoss ab. Er bekommt dennoch die notwendigen Stimmen von SVP und Grünen...

Unabhängige Rekurskommission für das Kantonsspital Winterthur und das Universitätsspital Zürich

Diese PIs kamen aufgrund von Beratungen in der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) zustande, um besser mit Konfliktbewältigungen und Lösungsfindungen in den Spitälern umgehen zu können. Bisher ist der Spitalrat im Fall von Konflikten die Rekursinstanz, was nicht als zweckmässig beurteilt wird, da Mitglieder desselben durchaus in einem Konflikt involviert sein können. Die Absicht, eine unabhängige Zusammensetzung einer Rekursinstanz anzustreben, fand im Rat breite Unterstützung.